Die bereits im Potsdamer Abkommen vom August 1945 vorgesehenen fünf zentralen Einzelverwaltungen für Finanzen, Transportwesen, Post, Industrie und Außenhandel sind nicht geschaffen worden. Die Entwicklung seit 1945 erfordert heute eine allgemeine deutsche Zentralverwaltung mit zusätzlichen Abteilungen für Wirtschaftsplanung, Landwirtschaft, Innenhandel, Arbeit und Sozialfürsorge, Volksbildung, Justiz, Volksgesundheit und allgemeine Verwaltung.

Diese deutsche Zentralvenvaltung sollte auf Vorschlag der demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen großen demokratischen Organisationen durch den interalliierten Kontrollrat errichtet werden.

Ein fühlbarer wirtschaftlicher Aufschwung in ganz Deutschland und die Überwindung der Krisen im Westen ist nur möglich, wenn die *Zonengrenzen* fallen und überall in Deutschland folgende Forderungen verwirklicht werden:

Restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern!

Demokratische Bodenreform durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes mit über 100 Hektar und Zuteilung des Bodens an landarme Bauern, Landarbeiter und Umsiedler!

Entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher und Überführung der Großbanken, aller Konzern-, Syndikats-, Kartell- und Trustbetriebe in öffentliches Eigentum!

Volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte! Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften!

Der Neuaufbau und die Überwindung der Not des Volkes erfordern eine *umfassende Wirtschaftsplanung*, um alle Teile der Wirtschaft aufeinander abzustimmen, Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden sowie alle Kräfte der Wirtschaft rationell auszunutzen.

Ein einheitlicher Industrieplan müßte eine Steigerung der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vorgesehenen industriellen Erzeugung für den zivilen Bedarf um das Zwei- bis Dreifache ermöglichen. Nur so könnte die Versorgung der Bevölkerung gesichert und den Reparationsansprüchen genügt werden.

Ein einheitlicher Landwirtschaftsplan könnte die restlose Bodenbestellung sichern, die Ertragsfähigkeit steigern und den Wieder-